



Bundestags- brief

Nr.37 • Die Woche im Bundestag • 09.05.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wichtige Erfolge für die Zukunft unseres Landes

Vergangene Woche haben wir im Koalitionsausschuss wichtige Erfolge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erzielt.

Die nach langen inhaltlichen Diskussionen mit der SPD erreichte Einigung über die Förderung der Mitarbeiterbeteiligung hilft dabei, Mitarbeiter stärker am Erfolg ihres Unternehmens zu beteiligen. Das ist eine historische und wegweisende Entscheidung: In den vergangenen Jahren sind die Kapitalerträge deutlich stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Mit dem Investivlohn verbessern wir die Möglichkeiten von Angestellten, von den höheren Kapitalerträgen zu profitieren. Damit sorgen wir dafür, dass der Aufschwung bei noch mehr Menschen ankommt. Das war immer die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auch für die Teilprivatisierung der Bahn haben wir die Weichen richtig gestellt. Die Entscheidung trägt deutlich die Handschrift der Union. Wir haben immer darum gekämpft, dass die Infrastruktur im öffentlichen Eigentum verbleibt und nur die Verkehrsgesellschaften und ihre Beteiligungen privatisiert werden. Die jetzt getroffene Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung: Die Infrastruktur – also Schienen, Bahnhöfe und Energieversorgung – bleibt vollständig in staatlicher Hand. Der Bereich Verkehr und Logistik wird demgegenüber für private Kapitalgeber geöffnet. In einem ersten Schritt werden 24,9 Prozent der Sparte an den Kapitalmarkt gebracht. Die daraus resultierenden Einnahmen werden größtenteils in die Modernisierung der Bahninfrastruktur investiert. Das zeigt: Die Teilprivatisierung kommt den Bahnkunden zugute. Gleichzeitig verbessert sie die Kapitalausstattung der Bahn und deren Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb. Die getroffenen Vereinbarungen sind ein deutliches Signal, dass die unionsgeführte Bundesregierung die verbleibende Zeit in dieser Legislaturperiode entschlossen dazu nutzt, unser Land weiter voranzubringen.

Karlspreis für die Bundeskanzlerin:

Mit Stolz und großer Freude gratuliert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Verleihung des Karlspreises.

Mit ihrer diesjährigen Entscheidung würdigt die Jury den großen und erfolgreichen Einsatz der Bundeskanzlerin für das Zusammenwachsen Europas. Angela Merkel hat den Stillstand der Europäischen Union beendet und Europa wieder handlungsfähig gemacht. Mit einer diplomatischen Meisterleistung hat sie während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den Durchbruch für den Reform-Vertrag erzielt.

„Die Weichenstellungen hin zu einem neuen Aufbruch der Union sind entscheidend verbunden mit der ebenso tatkräftigen wie umsichtigen und integrierenden Politik des EU-Ratsvorsitzes der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel“, schreibt die Karlspreisgesellschaft in ihrer Begründung für die diesjährige Preisverleihung. Nach Konrad Adenauer und Helmut Kohl erhält mit Angela Merkel zum dritten Mal ein deutscher Bundeskanzler diese höchste europäische Auszeichnung.

Das macht auch deutlich: Die Union ist die Europapartei und die Partei der Europäischen Einigung.

Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie: Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit.

In einer sich verändernden Welt mit veränderten Bedrohungslagen muss die Politik neue Antworten finden, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Herausforderung. Mit der auf dem Sicherheitskongress vorgestellten Sicherheitsstrategie für Deutschland legen wir ein integriertes Konzept vor, wie wir den zentralen Bedrohungen unserer Sicherheit begegnen wollen. Wir nehmen damit eine Debatte auf, die mit der Ver-

abschiedung der europäischen Sicherheitsstrategie angestoßen wurde.

Die zentralen Bedrohungen unserer Sicherheit sind der globale Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffversorgung, die Folgen des Klimawandels sowie regionale Konflikte und instabile Staaten.

Ein Blick auf die Sicherheitsrisiken zeigt, dass die traditionelle Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute kaum noch aufrecht zu erhalten ist. Zur Abwehr dieser Risiken ist die Abstimmung einer Vielzahl unterschiedlicher Instrumente notwendig. Eine wichtige Forderung der Fraktion ist daher die Einführung eines nationalen Sicherheitsrates. Wir benötigen ein solches Gremium unter Vorsitz der Bundeskanzlerin als Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum.

Sicherheitspolitik verträgt keine ideologischen Debatten und weltfremde Vorbehalte. Sicherheitspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sachorientiert nach den besten Lösungen gesucht wird. Die Union ist und bleibt die Partei, die sich erfolgreich für mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Mit der Sicherheitsstrategie für Deutschland präsentieren wir unsere politischen Ziele der nächsten Jahre und eröffnen eine breite Debatte über die beste Sicherheitspolitik für unser Land.

Deutschland, Europa und Lateinamerika – Die gemeinsame Zukunft partnerschaftlich gestalten:

Deutschland, Europa und Lateinamerika stehen vor großen Herausforderungen. Während Europa stärker zusammenwächst, befinden sich viele Staaten Lateinamerikas heute in einem umfassenden Prozess des Wandels, angefangen bei dem Grundverständnis der Demokratie bis hin zur Wahrnehmung einer eigenständigen Rolle in der Welt.

Lateinamerika ist kulturhistorisch Teil der westlichen Welt. Die Geschichte des Subkontinents ist untrennbar mit der Europas verbunden. Unsere Kontinente verbinden gemeinsame sprachliche, religiöse und philosophische Wurzeln, die Grundlage für eine lebendige Wertegemeinschaft sind.

Deutschland und Europa haben ein Interesse daran, die positiven Entwicklungen in Lateinamerika zu verstärken und Lateinamerika als Partner zu gewinnen, um gemeinsam daran mitzuwirken, eine auf Regeln gegründete internationale Ordnung zu schaffen.

Dazu muss die deutsche und europäische Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kulturpolitik in Lateinamerika mehr Präsenz zeigen und ein schärferes Profil entwickeln. Der seit Jahren proklamierten „strategischen Partnerschaft“ zwischen der EU und Lateinamerika müssen konkrete und substanzielle politische Initiativen folgen.

Mit der Lateinamerikastrategie präsentiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine umfassende Analyse unserer Beziehungen zu Lateinamerika sowie Vorschläge, wie die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen sind. Die Verstärkung der Zusammenarbeit und bessere Vernetzung in den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft, Sicherheit, Umwelt- und Klimaschutz helfen Lateinamerika, Europa und Deutschland. Wir brauchen einander, um auch in Zukunft unseren Einfluss in der Welt zu sichern.

Transparenz statt Gängelung: Diskussion über Managergehälter verantwortlich führen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Vorschläge der SPD, die Steuerabzugsfähigkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen zu begrenzen, ab.

Gehälter sind Betriebskosten, ihre Festsetzung ist Sache der Unternehmen. Der Staat darf sich nicht in die Lohnfindung einmischen. Die Firmen müssen sich aber auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein und Gehalts-exzessen vorbeugen.

Der richtige Weg dafür ist es, die Rechte der Aktionäre zu stärken und für vollständige Transparenz zu sorgen. Damit stärken wir die Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft: Freiheit, Leistungsorientierung und Verantwortungsbewusstsein.

Zu guter Letzt:

Zeitarbeit ist Brücke zur Festanstellung:

Die Zeitarbeit erweist sich nicht nur als wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern verhilft auch immer mehr Menschen zu einer regulären Beschäftigung. Beinahe jeder vierte Zeitarbeiter wird von einem Unternehmen abgeworben, bei dem er zuvor tätig war.

Weitere 22 Prozent werden in die Stammbesellschaft eines anderen Unternehmens übernommen. Knapp 80 Prozent der Zeitarbeiter waren vorher arbeitslos oder aus familiären Gründen nicht beschäftigt, 13 Prozent kamen sogar aus der Langzeitarbeitslosigkeit.

(Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung)